

---

## N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses gemeinsam mit dem  
Ausschuss für Finanzen zum Haushalt am 09.12.2020**

**Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr**  
**Sitzungsende: 20:33 Uhr**  
**Sitzungsort: Elbe-Rossel-Halle, Mörikestraße 2,  
06862 Dessau-Roßlau**

**Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste**

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Der Vorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Herr Oberbürgermeister Kuras, und die stellvertretenden Vorsitzende des Finanzausschusses, Frau Stadträtin Ehlert,** begrüßen die Mitglieder und Gäste der gemeinsamen Sitzung zum Haushalt 2021, stellen die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses mit 10 und des Finanzausschusses mit 9 anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

#### **2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

**Herr Adamek, Fraktion der CDU,** schlägt in Anlehnung auf das Begehren von Herrn Fricke, Fraktion der SPD, vor, in der nächsten Sitzung des Stadtrates einen Zusatz zur Geschäftsordnung zu beschließen, um die Durchführung von Videokonferenzen und deren Beschlussfassungen zu legitimieren.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** hat das Begehren von Herrn Fricke, Fraktion der SPD, zur Durchführung von Videokonferenzen zur Kenntnis genommen. Er schildert die notwendigen Voraussetzungen. Die kommende Stadtratssitzung sollte aus Gründen der kurzen Vorbereitungszeit in Präsenzsitzung stattfinden. Danach muss ein Weg gefunden werden, die Geschäftsordnung kurzfristig zu ändern. Nach Ansicht von Herrn Oberbürgermeister Kuras eignen sich eher die Ausschusssitzungen dafür, in einer Videokonferenz abgehalten zu werden, weniger eignen sich die Sitzungen des Stadtrates.

**Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste**, bittet die Verwaltung in Anbetracht des steigenden Inzidenzwertes, für die kommende Sitzung des Stadtrates Schnelltests zur Verfügung zu stellen, um das Infektionsgeschehen zu minimieren, sollte diese als Präsenzsitzung stattfinden.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** begrüßt den Vorschlag von Stadtrat George und sichert zu, sich um eine ausreichende Anzahl von Schnelltests zu bemühen.

**Herr Fricke, Fraktion der SPD**, schließt sich den Ausführungen von Herrn Stadtrat George an und weicht nicht von seiner Forderung ab, ab Januar zumindest die Ausschusssitzungen als Videokonferenzen durchzuführen.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** erklärt, dass derzeit daran gearbeitet wird, die Ausschusssitzungen ab Januar 2021 in Form von Videokonferenzen abzuhalten. Er weist auf mögliche Probleme hin, die bei einer virtuellen Abhaltung der Sitzungen des Stadtrates auftreten könnten.

**Herr Mrosek, Fraktion der AfD**, schlägt vor, die Vorsitzenden und Stellvertreter der Fraktionen in Präsenz einzuladen und die Sitzungen des Stadtrats mit den restlichen Fraktionsmitgliedern per Webex abzuhalten. In Ausschusssitzungen ist seiner Meinung nach ein Fraktionsmitglied in Präsenz ausreichend. In Abstimmungen zählen dann alle Stimmen der Fraktion.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** äußert sich zu den Hinweisen des Innenministeriums, wonach vor jeder Beschlussfassung die Beschlussfähigkeit und die Teilnehmer festgestellt werden müssen, was die Sitzungsdauer erheblich verlängert. In der derzeitigen Situation muss geprüft werden, welche Beschlüsse dringend zu entscheiden sind und welche Aufschub dulden. Bereits abgehaltene Hybridsitzungen – wie von Stadtrat Mrosek vorgeschlagen – sind planmäßig verlaufen.

**Herr Otto, Fraktion PRO Dessau-Roßlau**, sieht keinen Grund, Präsenzsitzungen nicht abzuhalten, solange der Landtag noch in dieser Form tagt. Er fordert das Video-Konferenzverfahren nicht. Andernfalls stimmt er dem Vorschlag von Stadtrat Mrosek zu. Die Fraktionsmitglieder, die nicht in Präsenz teilnehmen, könnten ihr schriftliches Votum durch die Teilnehmer vorlegen. Herr Otto weist auf die Notwendigkeit der Änderung einzelner Tagesordnungspunkte hin.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** teilt mit, dass die Änderung der Reihenfolge der entsprechenden Tagesordnungspunkte bereits für die weiterführende Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vorgesehen ist. Er beantragt, die Tagesordnungspunkte 13.3 und 13.4 an das Ende der Sitzung in den öffentlichen Teil zu verschieben. TOP 13.3 wird somit zu TOP 18.1 und TOP 13.4 wird zu TOP 18.2.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** erklärt die geänderte Tagesordnung nach Abstimmung der Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses als angenommen.

**Die stellvertretende Ausschussvorsitzende des Finanzausschusses, Frau Stadträtin Ehlert,** erklärt die Tagesordnung nach Abstimmung der Mitglieder des Finanzausschusses für angenommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Haupt- und Personalausschuss: 10:0:0

Finanzausschuss: 9:0:0

### **3 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

Es liegen keine nichtöffentlichen Beschlüsse aus der letzten regulären Sitzung zur Bekanntgabe vor.

### **4 Einwohnerfragestunde**

Für die **Einwohnerfragestunde** liegen Anfragen eines Bürgers sowohl für den Haupt- und Personalausschuss als auch für den Finanzausschuss vor. **Bürger 1** erhält das Wort.

**Bürger 1** erfragt für den Haupt- und Personalausschuss, wie die Bürger an Videokonferenzen teilnehmen können.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** teilt mit, dass ein Raum für die Übertragung der Videokonferenz für die Bürger zur Verfügung gestellt und vorher bekanntgegeben wird. Nach den Vorgaben des Innenministeriums sind Einwohneranfragen vorher schriftlich einzureichen.

Die zweite Frage von **Bürger 1** lautet, ob für den Adventsmarkt eine Umprogrammierung der Parkscheinautomaten für freies Parken am Sonntag erfolgt ist.

Aufgrund der steigenden Inzidenzzahlen muss das Weihnachtsdorf möglicherweise in Kürze geschlossen werden, so **Herr Oberbürgermeister Kuras**, sodass diesbezüglich keine weiteren Überlegungen angestellt werden.

**Bürger 1** moniert, dass erneut Antworten auf Anfragen im Bürgerportal der Stadtverwaltung fehlen. Dies sollte abgestellt werden. Der Bürger möchte wissen, warum dies nicht geschehen ist. Konkret geht es um zwei Anfragen der DeKiTa sowie zwei Anfragen aus dem Stadtpflegeausschuss vom 16.01.2020.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** teilt dem Bürger mit, dass diese Frage schriftlich beantwortet wird.

**Bürger 1** erfragt für den Finanzausschuss zur Haushaltsstelle „unbebaute Grundstücke“, was sich hinter einer Abfallentsorgung für Märkte und Stellplätze ethnischer Minderheiten verbirgt.

**Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen**, erklärt dass es sich hierbei um Stellplätze im Vorderen Tiergarten handelt, wobei eine Kostendeckung zu 100% erreicht wird durch die Zahlungen dieser ethnischen Minderheiten.

**Bürger 1** erfragt die Ursache der Kosten für den Abbruch der Schießanlage und der ehemaligen Bibliothek in der Mittelbreite in Höhe von 76.000 €.

**Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen**, teilt mit, dass beim Abriss der Bibliothek festgestellt wurde, dass im Kellerbereich eine Schießanlage installiert war. Zur Vermarktung der Grundstücke wurde im Jahr 2019 der Schießkeller abgebrochen.

**Bürger 1** führt aus, dass sich laut Mitteldeutscher Zeitung das Jagdschloss in Landesbesitz befindet. Warum befindet sich im Haushalt eine Kostenstelle für die bauliche Unterhaltung? Hingegen sind die Renovierungskosten in Höhe von 200.000 € in der Haushaltssatzung nicht zu finden. Des Weiteren möchte der Bürger wissen, was sich hinter den Verwaltungskosten in Höhe von rund 37.000 € verbirgt.

**Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen**, erklärt, dass sich das Jagdschloss im Bereich der Roßlauer Burg befindet. Die Bewirtschaftung erfolgt durch das Amt für Zentrales Gebäudemanagement. Zur Transparenz wird der Aufwand anteilig über die Verwaltungskosten auf die Gebäude umgelegt.

**Bürger 1** kritisiert, dass aus der Haushaltsstelle nicht ersichtlich ist, dass es sich um das Jagdschloss in Roßlau handelt. Weiter fragt der Bürger, wie sich der Anstieg der Erträge aus Vermietung und Verpachtung von Gaststätten von 2019 auf 2020 erklärt.

**Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen**, erläutert, dass es sich hierbei um eine Umschichtung handelt in Vorbereitung auf die Umstellung von § 2 b UStG.

**Bürger 1** möchte wissen, wo finanzielle Planungen zur afrikanischen Schweinepest im Haushalt zu finden sind.

**Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen**, teilt mit, dass im Haushalt keine konkreten Planungen für die Abwehr der afrikanische Schweinepest enthalten sind. Diese würden im Produkt 41401 „Gesundheits- und Veterinärbereich“ zu ersehen sein. Im Rahmen der Gefahrenabwehr werden jedoch unterjährig Mittel bereitgestellt werden.

Weitere Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

## 5 Öffentliche Anfragen und Informationen

### 5.1 Vierzehnter Beteiligungsbericht der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: IV/078/2020/II-20BTM

Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

**Der Ausschussvorsitzende für den Haupt- und Personalausschuss, Herr Oberbürgermeister Kuras**, erklärt, dass die Informationsvorlage zur Kenntnis genommen wurde.

**Die stellvertretende Ausschussvorsitzende für den Finanzausschuss, Frau Stadträtin Ehlert**, erklärt, dass die Informationsvorlage zur Kenntnis genommen wurde.

### 5.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

**Herr Adamek, Fraktion der CDU**, spricht die Kritik im Stadtgebiet bezüglich des Einzugsbereiches der Gemeinschaftsschule Zoberberg an. Schüler aus Mosigkau und Kochstedt, welche eine Sekundarschule besuchen möchten, müssten in die Sekundarschule Kreuzberge gehen, welche ohnehin gut besucht ist. Herr Adamek bittet **Herrn Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, beim Landesverwaltungsamt zu eruiieren, ob die Möglichkeit besteht, die Grundschule Kochstedt mit in die Favorisierung für die zukünftige Gemeinschaftsschule zu nehmen.

Des Weiteren spricht **Herr Adamek, Fraktion der CDU**, das Thema Schloßplatz an und weist auf den vorliegenden Entscheidungsvorschlag der Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste hin, mit welcher die Entscheidung vorangetrieben werden soll. Des Weiteren liegt ein Schreiben der Schloßplatzinitiative vor, wonach Herr Esser eine Grundsatzrede im Stadtrat halten möchte. Herr Adamek hält beide Situationen gegenüber dem möglichen Investor für schwierig. Er unterbreitete **Herrn Oberbürgermeister Kuras** den Vorschlag, das Thema in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses aufzunehmen, zu diskutieren und Herrn Esser ein Rederecht zu gewähren.

**Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, teilt zum ersten Thema mit, dass die Unterschriftenaktion der Verwaltung seit letzter Woche vorliegt und äußert sich zum vorliegenden komplexen Sachstand der Schülerverteilung und den damit verbundenen Problemen.

---

**Herr Oberbürgermeister Kuras** äußert sein Bedauern darüber, dass von den Sekundarschulen derzeit keine Bereitschaft besteht, eine Gemeinschaftsschule zu schaffen.

**Herr Adamek, Fraktion der CDU**, bittet Herrn Krause um Mitteilung, ob dem Antrag auf Anhörung des Ortschaftsrates stattgegeben wird oder die Beschlussfassung in der kommenden Woche erfolgt. Des Weiteren erfragt er die Folgen der Ablehnung durch den Stadtrat.

**Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, teilt mit, dass die Ortschaftsräte nicht in der Beratungsfolge enthalten sind, da die Gemeinschaftsschule für das gesamte Stadtgebiet nutzbar ist. Er weist auf die zeitliche Verzögerung des Verfahrens bei Anhörung aller Ortschaftsräte und Stadtbezirksbeiräte und die damit verbundenen Probleme hin. Bei einer Ablehnung durch den Stadtrat verbleibt es bei einer Entscheidung und möglicherweise würde das Landesschulamt die nächste Schulentwicklungsplanung nicht genehmigen.

**Herr Otto, Fraktion PRO Dessau-Roßlau**, bringt zum Ausdruck, dass auf schnellstem Weg eine zweite Gemeinschaftsschule geschaffen werden muss. Zur Motivation sollte mit der Zoberbergschule ein Erfahrungsaustausch stattfinden. Sollte dies nicht fruchten, bestünde die Möglichkeit eines Wechsels im Direktorium.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, weist darauf hin, dass der Vorschlag, sich engagiert für weitere Standorte einer Gemeinschaftsschule einzusetzen, bereits längere Zeit besteht. Er regt die Bildung eines Arbeitskreises an, der sich über den Fachausschuss diesem Schulmodell widmet und zusammen mit Kommune und Land eine zweite Einrichtung akquiriert. Herr Schönemann bittet Herrn Krause um Mitteilung, wie viele Anmeldungen zu erwarten sind und ob eine Verbesserung der Kapazitäten durch die Genehmigung der Mehrzügigkeit der Schule erreicht werden kann.

**Herr Oberbürgermeister Kuras**, pflichtet bei, dass Ziel ist, eine zweite Einrichtung zu schaffen. Dies ist nur mit der Unterstützung des Personals und des Landesschulamtes möglich. Er bittet um Mitteilung, ob durch die Stadtelterntvertretung Forderungen in diese Richtung gestellt wurden. **Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, ist eine derartige Forderung nicht bekannt. Er teilt mit, dass die von Frau Wendeborn geführten Gespräche in den Sekundarschulen nicht zum Erfolg geführt haben. Auch durch einen Arbeitskreis würde kurzfristig keine Entscheidung herbeigeführt werden können.

**Frau Ehlert, Fraktion Die Linke**, spricht Herrn Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, an und rügt, dass Eltern einen Brief durch das Gesundheitsamt erhalten haben, in welchem eine rückwirkende Quarantäne angeordnet wird.

**Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, sichert eine Prüfung des Sachverhalts zu. Er berichtet von der derzeitigen Situation im Gesundheitsamt sowie der dort anfallenden Aufgaben. Personelle Verstärkung wurde zwischenzeitlich angeordnet.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** bestätigt die derzeitige Belastung des Gesundheitsamtes und gibt Auskunft über die Schaffung von Räumlichkeiten sowie Personal und die weitere Verfahrensweise.

**Herr Otto, Fraktion PRO Dessau-Roßlau**, weist auf zugestellte Fluchtwege in Dessau-Roßlauer Kaufhallen hin und bittet um Kontrollen durch das Ordnungsamt.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, würdigt das touristische Leit- und Informationssystem in Dessau-Roßlau und bedankt sich für die geleistete Arbeit.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** führt noch zur Anfrage von Herrn Stadtrat Adamek bezüglich des Schloßplatzes aus, dass der Kaufvertrag mit der Firma GETEC noch in diesem Jahr geschlossen wird und Planmäßigkeit besteht.

Weitere Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

## **6 Beschlussfassungen**

### **6.1 Einführung einer Verwaltungs- und Alarmierungssoftware für die Feuerwehren der Stadt Dessau-Roßlau. Vorlage: FV/021/2020/CDU**

Es werden keine Wortmeldungen vorgebracht.

#### **Beschluss:**

Einführung einer Verwaltungs- und Alarmierungssoftware für die Feuerwehren der Stadt Dessau-Roßlau.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Haupt- und Personalausschuss: 9:0:1

Finanzausschuss: 9:0:0

## 6.2 Arbeitsprogramm Kultur 2020 - 2030 für die Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/404/2020/IV-41

**Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, führt einleitend aus, dass die Beschlussvorlage, welche die Arbeitsrichtung für die nächsten Jahre bestimmt, zur Kenntnis genommen wird. In den kommenden Jahren werden dann die einzelnen Punkte angegriffen und mit separaten Maßnahmebeschlüssen qualifiziert. Herr Dr. Reck berichtet über das Zustandekommen des Arbeitsprogramms. Die Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste ist mit der Bitte an Herrn Dr. Reck herantreten, einen Archiv- und Depotstandort mit Ausstellungsfläche zu prüfen. Der Antrag wird mit aufgenommen und als weitere Arbeitsrichtung geprüft.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, bedankt sich als Ausschussvorsitzender für die konstruktive Zusammenarbeit im Arbeitskreis zu diesem Thema. Aus dem Arbeitsprogramm müssen nun Schwerpunkte für Jahresarbeitsscheiben festgelegt werden. Im kommenden Jahr muss die Depot- und Archivfrage auf den Punkt gebracht werden und ein Stadtfest mit entsprechender Qualität in Gemeinsamkeit mit allen Akteuren der Stadt und unterschiedlichen Interessenslagen ist voranzubringen. Der Arbeitskreis wird an den einzelnen Punkten weiterarbeiten. Herr Schönemann appelliert, Tatsachen zu schaffen und Probleme zu lösen.

**Herr Adamek, Fraktion der CDU**, bittet darum, zum Thema Archiv und Depot für den Stadtentwicklungsausschuss eine Sachstandsinformation zu geben, um eine Stellungnahme abgeben zu können. Des Weiteren ist Herr Adamek der Auffassung, dass sich zum Thema Programmkinos mehrheitlich darüber ausgesprochen wurde, dass kein zweites zu dem etablierten benötigt wird. Ist eine Streichung bis zum Stadtrat vorgesehen?

**Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, sichert eine regelmäßige Berichterstattung für den Stadtentwicklungsausschuss zu. Zu Thema Programmkinos teilt Herr Dr. Reck mit, dass das Papier hier tatsächlich überarbeitet wurde. Solange es ein Programmkinos im Kiez gibt, wird es kein Programmkinos an einer anderen Stelle geben.

**Herr Mrosek, Fraktion der AfD**, bestätigt die Notwendigkeit eines Leitfadens als Arbeitsgrundlage und kündigt die Beobachtung einzelner Punkte des Arbeitsprogramms an.

### **Beschluss:**

1. Das Arbeitsprogramm Kultur 2020 bis 2030 für die Stadt Dessau-Roßlau wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt durch gesonderte Beschlüsse.
3. Das Arbeitsprogramm 2020 bis 2030 wird nach fünf Jahren evaluiert und im Bedarfsfall fortgeschrieben.

## **Abstimmungsergebnis:**

Haupt- und Personalausschuss: 7:0:3

Finanzausschuss: 8:0:1

### **6.3 Zuwendung an die Sport Marketing Dessau-Roßlau GmbH für die Handball-Saison 2019/2020 (3. Handball-Bundesliga) und Saison 2020/2021 (2. Handball-Bundesliga) in Höhe von jeweils 60.000 EUR Vorlage: BV/382/2020/IV-52**

**Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, führt einleitend aus, dass die Vorlage im Fachausschuss befürwortet wurde. Zuwendungen wurden in der Vergangenheit immer an den Handballverein ausgereicht. Zukünftig werden die Zuwendungen direkt an die Sportmarketing GmbH zur Förderung des Ligahandballs ausgereicht. Die Summe von 60.000 € überschreitet in 3 Jahren nicht die De-minimis-Grenze, sodass kein Verstoß gegen beihilferechtliche Regelungen vorliegt. Mit dem Zuschuss wird der Spielbetrieb in der Handballbundesliga gesichert. Im Interesse des Handballsportes bittet Herr Dr. Reck um Erteilung der Zustimmung zu dieser Vorlage.

Weitere Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

## **Beschluss:**

1. Die Stadt Dessau-Roßlau beschließt einen Zuschuss an die Sport Marketing Dessau-Roßlau GmbH für die Handball-Saison 2019/2020 und 2020/2021 in Höhe von jeweils 60.000 EUR.  
Für die Folgejahre erfolgt ein jährlicher Beschluss im Rahmen der Haushaltsplanung.
2. Die Sport Marketing Dessau-Roßlau GmbH hat vorab die notwendige beihilferechtliche Erklärung abzugeben.
3. In den Haushalt 2021 werden 60.000 EUR als jährliche Zuwendung an die Sport Marketing Dessau-Roßlau GmbH eingestellt und in die Mittelfristplanung aufgenommen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Haupt- und Personalausschuss: 9:0:1

Finanzausschuss: 9:0:0

Herr Oberbürgermeister Kuras unterbricht die Sitzung für eine Pause um 17:54 Uhr.

## **6.4 Haushaltssatzung 2021, Haushaltsplan 2021, Stellenplan 2021 Vorlage: BV/351/2020/II-20**

**Herr Oberbürgermeister Kuras** setzt die gemeinsame Sitzung um 18:11 Uhr fort.

Die Beratung der Tagesordnungspunkte 6.4 und 6.5 erfolgt gemeinsam. Dagegen werden keine Einwendungen vorgebracht.

**Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen**, erläutert die Änderungen anhand einer Power-Point-Präsentation. Diese wurde vorab in Mandatos zum Haushalt 2021 zur Verfügung gestellt.

**Herr Adamek, Fraktion der CDU**, sieht die Notwendigkeit einer grundhaften Sanierung des Triftweges für 2,8 Mio. Euro nicht, wenn in 10 Jahren eine Umgehungsstraße vorhanden sein wird. Der Weg könnte für ein Viertel der Kosten mit einer neuen Decke versehen werden. Herr Adamek bittet, dies als Vorschlag mit aufzunehmen. Des Weiteren hält Herr Adamek die Entscheidung für zu schnell, die Studie zur Regenbogenschule auf das Jahr 2024 und Folgejahre zu verschieben. Er würde es begrüßen, diese Studie vorzuziehen. Er regt an, sich auf Themen zu konzentrieren, die umsetzbar sind und sich nicht zu überheben an Themen, die bereits für die nächsten 3 bis 4 Jahren geplant sind, aber erst in 6, 7 oder 8 Jahren umgesetzt werden können.

**Herr Ratzmann, Fraktion der AfD**, pflichtet Herrn Stadtrat Adamek bezüglich des Triftweges bei. Diesen könnte man als Sparmaßnahme ansehen, zumal sich keine Benachteiligung ergibt, wenn man eine zweite Sanierung durchführt nach Fertigstellung der Umgehungsstraße. Herr Ratzmann bemängelt auch den Posten zum Erwerb des Leipziger Torhauses und dem noch nicht vorliegenden tragfähigen Konzept. Derzeit ist nicht abschätzbar, welche Kosten auf die Stadt noch zukommen. Hier würde sich die Möglichkeit ergeben, den Haushalt günstiger zu gestalten. Herr Ratzmann bittet Frau Wirth, die Planzahlen und die tatsächlich zugrunde gelegten Zahlen der Vorjahre zum Fehlbedarf des Ergebnishaushaltes nachzureichen.

**Herr Mrosek, Fraktion der AfD**, erfragt, ob nach dem Gewerbesteuerenausgleichsgesetz vom 21.10.2020 der entstandene Ausfall komplett ersetzt wird oder ob ein Verlust für die Stadt verbleibt.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, äußert die Bitte, in Richtung Regenbogenschule nachzujustieren und Chancen zu suchen, die Studie zur besseren Orientierung der nächsten Arbeitsschritte im kommenden Jahr vorzuziehen.

**Herr Otto, Fraktion PRO Dessau-Roßlau**, fordert für alle Fraktionen, im I. Quartal des nächsten Jahres unterjährig eine Lösung für die Zukunftsfähigkeit des Klinikums zu finden. Von einem diesbezüglichen Antrag wird heute abgesehen. Des Weiteren äußert sich Herr Otto dahingehend, dass er dem Haushalt nicht zustimmen kann, da dieser nicht umsetzbar ist und aufgrund des Defizits nicht genehmigt werden wird.

**Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, weist darauf hin, dass eine Änderung des vorhandenen Zahlenwerkes zur Folge hat, dass der Haushalt in der kommenden Woche nicht beschlossen werden kann, da es aufgrund der Kürze der Zeit nicht möglich ist, ein geändertes Exemplar vorzulegen.

Die Frage zum Triftpweg kann heute nicht geklärt werden. Mit dem Haushalt ist Vorsorge getroffen, den Ausbau zu planen. Im Bauausschuss im Jahr 2021 sollte der Vorschlag der Verwaltung intensiv besprochen werden und ob es eine preiswertere Alternative gibt. Frau Nußbeck warnt davor, eine Maßnahme aus dem Haushalt zu nehmen, weil angenommen wird, dass es günstigere Alternativen gibt. Es sollte sich Zeit genommen werden, das Projekt inhaltlich zu diskutieren.

Frau Nußbeck erklärt, dass an der von Frau Wirth aufgezeigten großen Abweichung zwischen Plan und Ist ersichtlich ist, dass kein finanzielles Problem im Investhaushalt besteht, sondern ein Kapazitätsproblem. Aufgaben können nicht umgesetzt werden, obwohl die Mittel im Haushalt vorhanden sind. Nach Ansicht von Frau Nußbeck ist eine Studie zur Regenbogenschule nicht sinnvoll, wenn in absehbarer Zeit keine Kapazität zur Umsetzung besteht. Sie schlägt vor, das Thema in die Haushaltsdiskussionen für das Jahr 2022 mit aufzunehmen.

Bezüglich des Kaufes des Leipziger Torhauses bestätigt Frau Nußbeck, dass die Kostenschätzung des Fachamtes aufgezeigt hat, dass ein Investitionsbedarf in Höhe von 500.000 € nicht realistisch ist. Es werden jedoch Fördermittel mit einer Förderquote von 66 % beantragt, sodass der Eigenanteil unterhalb der veranschlagten 500.000 € liegt.

Zur Frage eines Zuschusses für das Städtische Klinikum erklärt Frau Nußbeck, dass hier zuerst das Jahresergebnis des Klinikum angesehen werden muss. Gespräche werden hier geführt, Abstriche sind nicht vorgesehen.

Zum Investitionshaushalt erklärt Frau Nußbeck, dass dieser immer größer sein wird, als er letztendlich umgesetzt wird. Die Ursache hierfür ist die Diskrepanz zwischen den beantragten Fördermitteln und den dann bewilligten. In der Vergangenheit mussten geplante Eigenmittel für Maßnahmen, die nicht bewilligt wurden, eingesetzt werden für Kostensteigerungen in den Maßnahmen, die realisiert wurden.

**Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen**, teilt zum Thema des Ersatzes der Gewerbesteuer ausfälle durch Landeszuweisungen mit, dass diese erstattet wurden, wenn man den Planansatz für 2020 ansetzt und dem Ist-Stand das Delta gegenüberstellt. Der erhaltene Erstattungsbetrag errechnet sich jedoch aus den Quartalen I bis III der Jahre 2017 bis 2019. Im Jahr 2019 hatte die Stadt Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 49 Mio. Euro im IV. Quartal. Als Soll-Größe ist dies nicht berücksichtigt worden, sodass eine Erstattung dieses Durchschnitts nicht erfolgt.

Frau Wirth sichert zu, den geplanten Fehlbedarf in der Übersicht zu ergänzen und zur Verfügung zu stellen.

---

**Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, nennt zwei Beispiele aus dem Bereich Förderung, wo in den Haushalt 2020 eingestellte Mittel durch ablehnende Entscheidungen der Politik nicht abfließen konnten.

Bezüglich des Triftweges in Roßlau bittet Frau Schlonski zur Klärung entstehender Fragen, vor einer Diskussion im Bauausschuss die hierzu vorgelegte Informationsvorlage einzusehen.

**Herr Otto, Fraktion PRO Dessau-Roßlau**, erklärt, dass die Fraktionen den Zuschuss für den Kindergarten des Klinikums nicht abhängig machen wollen vom Betriebsergebnis und legt die Gründe dar. Er äußert sein Missfallen über nicht umsatzorientiertes Arbeiten und ausbleibende Entscheidungen der Landesregierung zu Förderanträgen.

**Herr Ratzmann, Fraktion der AfD**, erklärt, dass weitere Vorschläge unterbreitet werden, auch wenn das Zahlenwerk zum Haushalt geändert werden muss. Er weist noch einmal darauf hin, dass ein Investitionsvorhaben, wie der Kauf des Leipziger Torhauses, mit einem entsprechenden Konzept unterlegt sein muss. Mittlerweile sei für die Vorlage eines solchen Konzeptes ausreichend Zeit gewesen.

**Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, führt aus, dass noch nicht sichergestellt ist, dass die Stadt in den Besitz des Leipziger Torhauses gelangt. Die Ausarbeitung eines detaillierten Konzeptes ist sehr umfangreich und mit erheblichen Kosten verbunden. Die Erstellung ist erst sinnvoll, wenn das Eigentum an dem Gebäude an die Stadt übergegangen ist.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, spricht sich für eine Objektsicherung des Leipziger Torhauses aus. Es bedarf jedoch einer klaren Positionierung zur weiteren Verantwortung, Betreuung und Finanzierung des Gebäudes.

**Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen**, teilt mit, dass Termin zur Zwangsversteigerung des Leipziger Torhauses für den 09.02.2021 angesetzt ist und bis zu diesem Zeitpunkt eine Entscheidung zu treffen ist.

**Der Ausschussvorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Herr Oberbürgermeister Kuras, sowie die stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses, Frau Stadträtin Ehlert**, bringen die Änderungen der Beschlussvorlage zur Abstimmung

## **Beschluss:**

Der Haupt- und Personalausschuss stimmt den mit den Unterlagen ausgereichten Änderungen zum Entwurf der Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan 2021 zu.

Der Finanzausschuss stimmt den mit den Unterlagen ausgereichten Änderungen zum Entwurf der Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan 2021 zu.

## **Abstimmungsergebnis:**

Haupt- und Personalausschuss: 8:1:1

Finanzausschuss: 7:1:1

**Der Ausschussvorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Herr Oberbürgermeister Kuras, sowie die stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses, Frau Stadträtin Ehlert, bringen die Beschlussvorlage zur Abstimmung**

## **Beschluss:**

Der Haupt und Personalausschuss empfiehlt dem Stadtrat die in der nunmehr geänderten Fassung vorliegenden Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan 2021 zur Beschlussfassung.

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die in der nunmehr geänderten Fassung vorliegenden Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan 2021 zur Beschlussfassung.

## **Abstimmungsergebnis:**

Haupt- und Personalausschuss: 8:1:1

Finanzausschuss: 7:1:1

## **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2021 (und damit den Ergebnisplan 2021, den Finanzplan 2021, die Teilpläne 2021 und den Stellenplan 2021) einschließlich der in den Haushaltsberatungen abgestimmten Änderungen (siehe ab Anlage 6).

## **Abstimmungsergebnis:**

Haupt- und Personalausschuss: 8:1:1

Finanzausschuss: 7:1:1

## **6.5 Haushaltskonsolidierungskonzept 2021 und Folgejahre Vorlage: BV/352/2020/II-20**

Die Tagesordnungspunkte 6.4 und 6.5 werden gemeinsam behandelt. Einwendungen werden nicht erhoben.

**Der Ausschussvorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Herr Oberbürgermeister Kuras, sowie die stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses, Frau Stadträtin Ehlert, bringen die Änderungen der Beschlussvorlage zur Abstimmung**

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Personalausschuss stimmt den mit den Unterlagen ausgereichten Änderungen zum Entwurf des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2021 zu.

Der Finanzausschuss stimmt den mit den Unterlagen ausgereichten Änderungen zum Entwurf des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2021 zu.

### **Abstimmungsergebnis:**

Haupt- und Personalausschuss: 6:1:3

Finanzausschuss: 6:1:2

**Der Ausschussvorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Herr Oberbürgermeister Kuras, sowie die stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses, Frau Stadträtin Ehlert, bringen die Beschlussvorlage zur Abstimmung**

### **Beschluss:**

Der Haupt und Personalausschuss empfiehlt dem Stadtrat das in der nunmehr geänderten Fassung vorliegenden Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2021 zur Beschlussfassung.

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat das in der nunmehr geänderten Fassung vorliegenden Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2021 zur Beschlussfassung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Haupt- und Personalausschuss: 6:1:3

Finanzausschuss: 6:1:2

## **Beschluss:**

Das Haushaltskonsolidierungskonzept 2021 und Folgejahre, einschließlich der in den Haushaltsberatungen abgestimmten Änderungen (siehe ab Anlage 2), wird beschlossen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Haupt- und Personalausschuss: 6:1:3

Finanzausschuss: 6:1:2

Nach diesem Tagesordnungspunkt stellt Herr Oberbürgermeister Kuras um 19:02 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.

## **8 Schließung der gemeinsamen Sitzung**

## **9 Weiterführung der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses**

**Herr Oberbürgermeister Kuras** setzt um 19:46 Uhr die alleinige Sitzung des Haupt- und Personalausschusses nach einer Pause von 15 Minuten fort.

Herr Otto, Fraktion PRO Dessau-Roßlau, hat die Sitzung verlassen.

## **9.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

**Der Ausschussvorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Herr Oberbürgermeister Kuras**, stellt die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses mit 9 anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest.

## **10 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

Es liegen keine nichtöffentlichen Beschlüsse aus der letzten regulären Sitzung zur Bekanntgabe vor.

## **11 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters**

Es liegen keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum vor.

## 12 Öffentliche Anfragen und Informationen

**Herr Oberbürgermeister Kuras** teilt mit, dass eine Unterstützung für die geplante Landesgartenschau zugesichert wurde und Förderanträge gestellt werden können. Hierzu benötigt das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr jedoch eine Entscheidung des Stadtrates. Aufgrund der Eilbedürftigkeit schlägt Herr Oberbürgermeister Kuras vor, die Vorlage direkt in die nächste Sitzung des Stadtrates einzubringen.

Weitere Anfragen, Mitteilungen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

## 13 Beschlussfassungen

### 13.1 Interessenbekundung für das Projekt „Zukunftsreise Dessau-Roßlau“, Phase 1 Vorlage: BV/427/2020/I-OB

**Herr Oberbürgermeister Kuras** informiert über die Gründe der Einbringung dieser Vorlage. Zum einen sind nach dem Landesstatistikgesetz Beschlüsse der Vertretung erforderlich und zum anderen soll auf diesem Wege über das weitere Vorgehen informiert werden. Nachdem eine Auftaktveranstaltung in der Marienkirche derzeit nicht möglich ist, wird ein Pressegespräch stattfinden, in dem erläutert wird, wie die Phase 1 weitergeht.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen vorgebracht.

#### **Beschluss:**

Der Durchführung der Interessenbekundung für das Projekt „Zukunftsreise Dessau-Roßlau“ wird zugestimmt.

Gemäß § 4 i. V. m. § 6 StatG-LSA wird festgelegt:

1. Zweck der Interessenbekundung: siehe Begründung (Anlage 1)
2. Erhebungsmerkmale: siehe Interessenbekundungsbogen (Anlage 2)
3. Hilfsmerkmale: siehe Interessenbekundungsbogen (Anlage 2)
4. Art und Weise der Interessenbekundung: online/schriftlich
5. Zeitraum: bis 15.03.2021
6. Wer kann mitwirken: alle Einwohner von Dessau-Roßlau, die 14 Jahre und älter sind
7. Befragung auf freiwilliger Basis, es besteht keine Auskunftspflicht.

**Abstimmungsergebnis:** 8:0:1

**13.2      Unternehmensangelegenheiten**  
**Änderung des Wirtschaftsplans 2020 der Stadtmarketinggesellschaft**  
**Dessau-Roßlau mbH (SMG)**  
**Vorlage: BV/438/2020/I-OB**

**Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste**, erfragt, ob die Stadt weiterhin mit dem Slogan „Denk an Dessau“, welcher im Wirtschaftsplan 2020 unter dem Punkt Themenfelder zu finden ist, beworben wird. Des Weiteren gab es in den vergangenen Jahren Treffen mit dem Ortschaftsrat Roßlau und interessierten Bürgern, die Roßlau auf den Weg bringen wollen. Frau Koschig erfragt hier den Sachstand.

**Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, erklärt, dass „Denk an Dessau“ kein Slogan war, sondern ein Arbeitstitel für die Standortkampagne. Die Roßlauer Interessen werden als Teil der Standortkampagne mitberücksichtigt.

Weitere Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der Änderung des Wirtschaftsplans der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH für das Geschäftsjahr 2020 zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**                      8:1:0

**13.3      Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und**  
**ähnlichen Zuwendungen von EUR 1.000,00 bis 50.000,00 für den Zeit-**  
**raum 01.11.2020 bis 31.12.2020**  
**Vorlage: BV/391/2020/II-EB**

**Herr Oberbürgermeister Kuras** äußert sich anerkennend über die geleistete Spende und befürwortet die Annahme.

Weitere Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

**Beschluss:**

Der Annahme, der gemäß Anlage 2 dargestellten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen für die „Stadtpflege“ Eigenbetrieb der Stadt Dessau-Roßlau, für die Sanierung der Trauerhalle auf dem Friedhof Dorfstraße in 06842 Dessau-Roßlau, Ortsteil Kleutsch, in Höhe von EUR 40.000,00 wird zugestimmt.

---

**Abstimmungsergebnis:** 9:0:0

Um 19.55 Uhr stellt Herr Oberbürgermeister Kuras für die Sitzung Nichtöffentlichkeit her.

**18 Öffentliche Beschlussfassungen**

**18.1 Unternehmensangelegenheiten  
Entlastung des Aufsichtsrates der IVG Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH für das Geschäftsjahr 2019  
Vorlage: BV/436/2020/II-20BTM**

Es werden keine Wortmeldungen vorgebracht.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der IVG mbH die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2019.

**Abstimmungsergebnis:** 8:0:1

**18.2 Unternehmensangelegenheiten  
Entlastung der Geschäftsführerin der IVG Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH für das Geschäftsjahr 2019  
Vorlage: BV/435/2020/II-20BTM**

Es werden keine Wortmeldungen vorgebracht.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Entlastung der Geschäftsführerin der IVG mbH für das Geschäftsjahr 2019.

**Abstimmungsergebnis:** 8:0:1

---

**19 Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wird durch den Vorsitzenden, **Herrn Oberbürgermeister Kuras**, um 20:33 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 21.01.21

---

Oberbürgermeister Peter Kuras  
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

L. Maisel  
Schriftführer